

# Geld statt Integration

**SP** Schaffung einer Parallelgesellschaft

Vor dem Gesetz sind alle gleich. Diese «Binsenwahrheit» kennt jedes Kind und ist auch in unserer Bundesverfassung in § 8 aufgeführt. Wenn die drei steinerne Eidgenossen im Bundeshaus die Bundesverfassung heute neu schreiben müssten, bin ich überzeugt, dass sie zwei Begriffe zusätzlich aufführen würden.

Von Hubert Schuler

Denn nebst dem Diskriminierungsverbot wegen Herkunft, Rasse, Geschlecht usw. muss dieses Verbot auch bei Vermögen und Einkommen angewendet werden. Nun hat aber der Regierungsrat des Kantons Zug eine andere Auffassung von Gleichheit. Er will Ausländerinnen und Ausländer, welche ein Einkommen von über 1 Million Franken erzielen und Vermögen von über 20 Millionen Franken besitzen, einfacher die Niederlassungsbewilligung erteilen. Diese Leute müssen



Hubert Schuler, SP Kantonsrat Hünenberg

die deutsche Sprache nicht beherrschen und so zeigen, dass sie sich bei uns integrieren wollen. Das heisst konkret, dass alle Leute, welche nicht so reich sind, deutsch lernen müssen, um die C-Bewilligung vereinfacht zu erhalten. Diese Be-

willigung kann für Reiche attraktiv sein, denn damit wird ihnen der schweizerische Immobilienmarkt geöffnet und sie ermöglicht die unbeschränkte Wohnsitznahme. Mit dieser ungerechten Behandlung wird aber eine Parallelgesellschaft gefördert. Wir Zuger schätzen es sehr, Fremdsprachen zu lernen und zu sprechen und es ist unbestrittener Massen eine gute Sache. Wenn wir dann aber im Kanton Zug nur noch die englische oder russische Sprache hören, bin ich mir nicht sicher, ob das von der Mehrheit der Zuger Bevölkerung akzeptiert wird. Mit dem Vorschlag der Regierung kann auch gesagt werden, dass die Niederlassungsbewilligung im Kanton Zug gekauft werden kann. Wollen wir das wirklich? Wollen wir die Bundesverfassung verletzen, nur wegen des «schnöden» Mammons Willen? Ich will das nicht und werde den Vorschlag der Regierung bekämpfen.

## «Doppelt oder nüt?»

**SVP** Stadtrat startet eine bürokratische grün-rote Umverteilungsübung

Der Stadtrat von Zug möchte die Bevölkerung sowie «kleinere und mittlere» Unternehmen dazu «animieren», sich mit ihrem eigenen Stromverbrauch «auseinanderzusetzen». Wer «regionalen Strom» nutzt, kann sich seine eingesparten Stromkosten doppelt vergüten lassen.

Von Philip C. Brunner

Warum grosse Unternehmen mit stark gefährdeten Arbeitsplätzen nicht in den Genuss der städtischen Weihnachtsaktion kommen sollen, bleibt offen. Wieder einmal mehr dient die vom Volk naiv angenommene Initiative zur 2000-Watt-Gesellschaft als Begründung für absurde Umverteilungsgeschenke und ist dazu mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden. Im GGR muss dieser Posten in der kommenden Budgetdebatte um CHF 100'000.- gekürzt werden. Vermutlich sind die Lager wie üblich; die Linke ist Feuer und Flamme, ein paar aufrechte Bürgerliche unterstützen den Kürzungsvorschlag, die breite Mitte eiert herum. Dieses Zuger Weih-



Philip C. Brunner, Präsident SVP Stadt Zug.

nachtsmärchen war nie die konkrete Idee hinter dem städtischen Energiereglement. Auch aus meiner Sicht sollen die Energiebezügler im Umgang mit Strombezügen eigenverantwortlich handeln. Wer Energie und damit Geld sparen will – und das begrüsse ich immer – wird nämlich heute bereits direkt belohnt – er zahlt eine kleinere Stromrechnung. Eine Verdopplung der Belohnung auf Kosten der anderen Steuerzahler ist strikte abzuleh-

nen. Der Staat hat sich aus liberal-konservativer Sicht gegenüber dem Verhalten von KMU und Privaten zurückzuhalten und soll sich nicht mit ideologisch und politisch geprägten Aufklärungsaktionen profilieren. Hätte man vor den Wahlen 2014 solche Ideen propagiert, hätte das Quintett der Kandidaten von BS14 unisono ein solches Vorgehen eines bürgerlichen Stadtrates entschieden abgelehnt. Nicht nur ich bin als Wähler enttäuscht. Nach der absurden Litteringaktion auf der Rössliwiese, der Anstellung eines Littering-Beauftragten und dem Verschenken von Wildpflanzen beglücken uns die SUS-Ideologen mit dieser neuesten Aktion. Statt sauer verdientes Steuergeld mit behördlichem Aktionismus umzuverteilen, sollte sich der angeblich bürgerliche Stadtrat darauf konzentrieren, die peinliche Energieverschleuderung in seinen eigenen städtischen Liegenschaften zu stoppen statt der Öffentlichkeit grossspurig Energielektionen zu erteilen. *Affaire à suivre* – offenbar hat die Stadt Zug immer noch zuviel Geld zum Ausgeben.

## Halbjahres-Parteiversammlung

**WALCHWIL** FDP. Die Liberalen

Am vergangenen Dienstagabend hat sich die Ortspartei der FDP. Die Liberalen Walchwil zu ihrer halbjährlichen Parteiversammlung getroffen.

PD/DK - Bei der Parteiversammlung vom Dienstag, 1.12. wurden die Traktanden der bevorstehenden Gemeindeversammlung vom 9.12. debattiert. Das Budget wurde von Gemeinderat René Loosli erläutert und die Eckpunkte kommentiert. Die Beibehaltung des aktuell gültigen Steuerfusses und das

budgetierte Defizit von 872'500 Fr. wurden von der Versammlung ohne nennenswerte Wortmeldung einstimmig gutgeheissen, inklusive Erhöhung der Hundesteuer. Ebenfalls wurde der Finanzplan der Gemeinde zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der freien politischen Aussprache konnte Parteipräsident Patrick Möckli die FDP-Mitglieder mit Freuden informieren, dass für das zurücktretende Mitglied der gemeindlichen RPK, Karl Huwyler, ein sehr guter FDP Kandidat zur Verfügung steht. Michael Hirt...seit

Kindsbeinen in Walchwil und als ausgewiesener Finanzfachmann für die Zuger KB tätig, stellt sich für diese wichtige Kommissionsarbeit zur Wahl. Hirt ist bestens in der Gemeinde verankert und amtiert seit zwei Jahren auch als Präsident des FC Walchwil, nachdem er zuvor bereits einige Jahre dessen Finanzvorstand war. In der Geschäftsleitung der FDP ist er inzwischen auch schon sieben Jahre aktiv. Die Versammlung hofft auf eine über die Parteigrenzen hinaus gehende Unterstützung dieser Kandidatur.

## Neue Kantonsrätin

**ALG** Stefan Gisler geht - Susanne Giger kommt

Ab Januar 2016 wird Susanne Giger (parteilos) die Nachfolge von Stefan Gisler (ALG) im Kantonsrat antreten. Mit Frau Giger rückt eine erfahrene Politikerin nach.

PD/DK - Susanne Giger ist bereits seit neun Jahren im Grossen Gemeinderat von Zug (GGR) aktiv. Ihre Schwerpunkte liegen bei sozial- und gesellschaftspolitischen Anliegen, bei einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, der Förderung von preisgünstigem Wohnungsbau, alternativen Wohnformen in Generationenhäusern und als Mitglied der Bau und Planungskommission natürlich bei Baufragen. Die Partei sagt, man sei sehr glücklich mit Susanne Giger eine kompetente Kantonsrätin zu stellen. Man wünscht ihr einen er-



Susanne Giger folgt auf den zurückgetretenen Stefan Gisler.

folgreichen Start in der Fraktion der Alternativen – die Grünen und viel Erfolg im Einsatz für die Zuger Bevölkerung.

## Mitgliederversammlung

**BAAR** SVP traf sich im Restaurant Bären

Anlässlich der Mitgliederversammlung vom 26. November 2015 hat die SVP Baar ihre Parolen zu den Traktanden der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember 2015 gefasst. Dazu trafen sich die Mitglieder der SVP Baar im Restaurant Bären.

PD/DK - Die SVP Baar ist nicht beunruhigt über die gemäss Finanzplan 2016-2020 anfallenden Aufwandüberschüsse, die vor allem wegen den steigenden Positionen Personalaufwand, Abschreibungen und Transferaufwand entstehen werden. Vielmehr ist man beunruhigend, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um das steigende Ausgabenwachstum einzudämmen. Geplante Steuererhöhungen sind weder zielführend noch ratsam und senden ein fatales Zeichen an vermögende Steuerzahler und Firmen. Solange die Gemeinde Baar über Steuerausgleichsreserven von mehr als 50 Millionen Franken verfügt, sollte eine Steuererhöhung so lange wie möglich hinausgezögert werden. Schliesslich wurden diese Reserven in den vielen hinter uns liegenden fetten Jahren gebildet, um schlechte Jahre zu überbrücken.

**Personalaufwand**

Die SVP fordert den Gemeinderat aber auf, den hohen Personalaufwand zu reduzieren und die geplanten Investitionen auf ihren Ausbaustandard hin zu überdenken. Die SVP ist davon überzeugt, dass mit wenigen geeigneten Massnahmen, der Finanzhaushalt der Gemeinde Baar für viele Jahre ausgeglichen

gestaltet werden kann. Die SVP wird der Gemeindeversammlung deshalb im Rahmen der Budgetberatung punktuelle Kürzungen beantragen.

**230 Millionen**

Dem Bebauungsplan Vogelwinkel stimmen die Mitglieder der SVP Baar zu. In der Gemeinde Baar stehen grosse Investitionsprojekte (Schulhaus Wiesental, Alterszentrum Bahnmatt, Sanierung Sternmatt II, usw.) an. Die geplante Investitionssumme beträgt über 230 Millionen Franken. Die SVP Baar geht mit der RGPK einig, dass sich die Gemeinde aufgrund der aktuellen Finanzlage Investitionen in diesem Umfang nicht leisten kann und Einsparungen gemacht werden müssen. Die SVP fordert den Gemeinderat deshalb auf, das Investitionsvorhaben «Umnutzung und Sanierung Schwesternhaus» von sich aus von der Traktandenliste zu nehmen und zu überarbeiten und der Gemeindeversammlung zu einem späteren Zeitpunkt eine deutlich kostengünstigere Sanierungsvariante zu unterbreiten. Tut der Gemeinderat dies nicht, wird die SVP eine Kürzung des Baukredites beantragen. Die SVP Baar beantragt der Gemeindeversammlung, die Beantwortung der Motion von SP und Grünen betreffend «Öffentlicher Verkehr in der Einwohnergemeinde Baar» ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Der öffentliche Verkehr soll nachfrage- und nicht angebotsorientiert sein. Das ÖV-Angebot soll deshalb dort reduziert werden, wo es heute unterdurchschnittlich genutzt wird. Mehrkosten im Bereich ÖV lehnt die SVP ab.

Wollen auch Sie Ihre Meinung zu einem brisanten Thema äussern?

**Dann tun Sie es – wir geben Ihnen die Möglichkeit dazu!**

Senden Sie Ihre Leserbriefe mit maximal 2000 Zeichen an [redaktion@zugerwoche.ch](mailto:redaktion@zugerwoche.ch).

